

Bezugspreis monatlich 12.
bei der Geschäftsstelle 500 000
bei den Ausgabestellen 505 000
durch Zeitungsboten 510 000
durch Post inkl. Geb. 515 000
ins Ausland 700 000 poln. M.
in deutscher Währ. nach Kurs.

Die obigen Preise gelten nur als
Grundpreise. Der Verlag behält
sich das Recht vor, bei zu großer
Zunahme eine Nachforderung
für den laufenden Monat zu fordern.

Fernspr. 2273, 3110. Telegr.-Adr.: Tagesblatt Polen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint
an allen Werktagen.
Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens... 10 000 M.
Reklameleiste 25 000 M.
*) Sonderplatz 50% mehr
*) Reklameleiste 25 000 M.
für Aufträge
aus Deutschland
in deutscher Währung nach Kurs.
Postcheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Auslieferung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Die große Verschwörung von Warschau.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.“)

Seit mehr als einer Woche ist vor dem Kriegsgericht in Warschau der Prozess gegen den Leutnant Baginski und den Unterleutnant Wiczorski im Gange. Es handelt sich um eine groß angelegte Verschwörung. Den beiden Offizieren werden eine Menge schwerer Verbrechen zur Last gelegt. Sie sollen Anschläge gegen öffentliche und bewohnte Gebäude, vor allem Lokaltatzen der Aushebungsämter, ferner gegen Eisenbahnen und Eisenbahnbrücken ausgeführt haben, die zum Teil nicht wirksam waren, was aber keineswegs darauf zurückzuführen sei, daß die Angeklagten nicht alles getan hätten, um die schlimmste Wirkung herbeizuführen. Es handelt sich um versuchte Attentate gegen die Gebäude der Aushebungsämter des Bezirks Sosnowitz, Wenzin und Kattowitz, gegen die Bahn Krakau-Modom-Tarnob. Dann aber um den böswärtigen Anschlag gegen das Lokal der studentischen Hilfsbrüderchaft in der Universität in Warschau bei welcher Explosion der bekannte Professor Krzycz, der gerade die Treppe herabkam, das Leben verlor. Ferner um die Bomben, die in die Aushebungsämter von Biachstok und Gensjochow gelegt wurden, die aber aus verschiedenen Gründen nicht explodierten.

Eine rechte üble Figur spielt bei der ganzen Angelegenheit der Hauptbelastungszeuge Josef Czernowski. Er wird nicht verurteilt, denn auch dem Gericht scheint es nicht ganz klar zu sein, ob dieser Herr nicht selbst an dem einen oder anderen Verbrechen beteiligt war. Der Verteidiger, Major Dr. Zielinski, stellt den schriftlichen Antrag, zu untersuchen, ob es nicht Czernowski war, der die Bombe im Aushebungsamt von Gensjochow niederlegte. Dieser Mann war, wie er sagt, zunächst Sozialdemokrat, trat wirklich auf Versammlungen der Metallarbeiter hervor und traf dann wieder einmal mit einem alten Bekannten namens Kottler zusammen, der heute im Gefängnis sitzt. Dieser Kottler schlug ihm im April dieses Jahres vor, einer neuen Organisation beizutreten, die im Auftrag einer „benachteiligten Regierung“ (es kann sich dabei nur um Rußland handeln, aber dieser Staat wird nie genannt) Spionage in ganz Polen treiben und allenfallsigen Verfassungen zu verurteilen. Nun kam angeblich ein patriotisches Gefühl über Czernowski und er beschloß auf die Pläne einzugehen, alles mitzumachen und die Verschwörer auf diese Weise zu entlarven. So kam er mit Baginski in Verbindung, der sich damals den falschen Namen Markiewicz beigelegt hatte. Baginski erzählte in merkwürdiger Vertrauensseligkeit dem Mann, daß ganz Polen in geheime Kreise eingeteilt sei. An der Spitze eines jeden Kreises stehe ein Leiter, und Czernowski solle Wilna oder Sosnowitz übernehmen. Er entschied sich für das letztere, wo er hauptsächlich Spionage treiben sollte. Später wurde er angewiesen, sich in Krakau mit Wiczorski zu treffen, der ihm dann in Warschau eine Bombe mit der Aufschrift übergab, hiermit das Aushebungsamt in Wenzin in die Luft zu sprengen. Czernowski reiste dann, nach seinen Angaben, nach Gensjochow, ließ aber die Bombe in Warschau, um Vermeidung in der Hand zu haben, und zeigte dann die Verschwörer in Gensjochow bei dem Polizeikommissar an. Nun begann seine eingehende Tätigkeit als Polizeispitzel. Er erhielt nämlich von der Polizei den Auftrag, nach Krakau zu gehen und sich mit Wiczorski anzuschließen, um dessen Enttarnung zu beschleunigen. Im Interesse dieser Enttarnung hat dann Czernowski scheinbar alle ihm aufgetragenen Attentate übernommen, sie aber nicht ausgeführt, sondern der Polizei über alle Schritte der Verbrecher Bericht erstattet. Es waren ihm zu diesem Behufe eine Anzahl Detektivs mitgegeben worden. Erstens, damit er Zeugen habe, dann aber, wie wir vermuten, weil ihn die Polizei selber überwachen wollte. Czernowski hatte von den Verschwörern die Befehle erhalten, Pläne der Eisenbahnlinien, Situationspläne von Garnisonen und ähnliches auszuarbeiten. So konnte der Spitzel eine Anzahl weiterer Verschwörer kennen. So den Sergeanten Marasta, einen gewissen Krasinski usw. Er hatte den Eindruck, daß eine große Anzahl von Personen an der Verschwörung beteiligt waren, daß sich aber immer nur zwei oder drei zusammenfanden, und daß sie einer übergeordneten Person gehorchten. Er behauptet, daß die Angeklagten über große Summen verfügt hätten, er selbst habe allein 5 bis 6 Millionen erhalten. (Das war im Sommer, als die Millionen noch einen Wert hatten.) Und woher kam das viele Geld? Darüber erfahren wir nichts. Denn alle auf diese „benachteiligte Regierung“ bezüglichen Mitteilungen machte Czernowski bei verschlossenen Türen.

Gagt nun Czernowski in allen Teilen die Wahrheit oder re-renommiert er ein bißchen? Niemand weiß es. Der Unterkommissar Kioniewicz, der diesen Czernowski engagierte und der die gesamte Aktion gegen die Verschwörer leitete, sagte selbst aus, daß diese jungen Leute äußerst bescheiden lebten und daß er sie mehr für irreführende Ideologien als für verkaufte Söldlinge halte. Hierin liegt ein Widerspruch. Aber noch etwas anderes fällt an

diesem Prozess auf. Kioniewicz sagte aus, daß nicht weniger als 45 Personen an der Verschwörung beteiligt seien und daß man ihre Namen kenne. Einer der Richter fragte: Wie ist es möglich, daß 45 Schuldige nicht unterlaufen und daß nur zwei Offiziere auf der Anklagebank sitzen? Und der Kommissar Kioniewicz gab die sensationelle Erklärung ab, daß man nichts lieber gesehen hätte als daß er alle diese Schuldigen überführen könnte. Aber um geich das Erstaunliche. Er erhielt vom Minister des Innern den ausdrücklichen Befehl, spätestens bis zum 2. August die Untersuchung zu beenden. Bis zu diesem Termin aber, so sagte er, war es ihm unmöglich, die 45 Personen alle der Gerechtigkeit zu übergeben. Was soll das bedeuten? Waren Gründe der inneren Politik, d. h. der Wunsch, dem Sejm möglichst rasch die Erklärung abgeben zu können, daß nicht falsche Gruppen der Rechten die Täter seien, die Ursache dieser sonderbaren Maßnahme des Justizministers? Uns fällt unwillkürlich die Tatsache ein, daß bei der Verfolgung des Mörders des Präsidenten Natankiewicz bei dem Mörder Melnikowski Halt gemacht wurde. Und doch war er augenscheinlich nur der fanatische Ausführer einer Tat, die von anderen gewünscht und gebilligt wurde. Darin liegt doch ein dem Publikum unbekannt gebliebener Mann gerührt, er wußte, daß an diesem verhängnisvollen Tage der Mord stattfinden werde. Gut! Man hat damals sich an dem einen Schuldigen genügen lassen, um die Verurteilung nicht durch weitere Bloßstellungen noch zu verzögern. Aber diese Rücksicht jedoch eigentlich nur zugunsten der Gruppe der falschen Rechten. Und wir fragen: Wer ist es gewesen, der die Anklage gegen den jüdischen Rektor der Universität Krakau, Natankiewicz, und gegen das jüdische Blatt in Krakau verübte? Doch nicht dieselben beiden Offiziere, die die Anschläge gegen die „Rzeszpospolita“, das extrem rechtsstehende Blatt, und die gleichfalls so sehr rechts stehende Studentische Hilfsbrüderchaft befragten? Hier liegen Geheimnisse des Prozesses, und man muß hoffen, daß sie im Interesse des Staates und der Gesellschaft geklärt werden.

Hiermit ist natürlich durchaus nicht etwa die Annahme ausgesprochen, daß die beiden Angeklagten unschuldig seien. Ganz im Gegenteil. Bei Baginski wurden in der Wohnung Bomben, Sprengmaterial und präparierte Kollanten gefunden, in denen Sprengstoffe eingelegt waren. Er hat recht abnorme Ausreden gebraucht, um zu erklären, wie diese Dinge in seine Wohnung gekommen waren. Er leugnet jede Schuld, ebenso wie Wiczorski, der nicht gerade einen übermäßig intelligenten Eindruck macht. Baginski war sogar bereits als 15jähriger Gymnasiast ein eifriger Verschwörer, aber dies im Dienste der zu erringenden Unabhängigkeit Polens. Er organisierte damals von den Russen streng verfolgte Schützenorganisationen. Während des Krieges stand er auf russischer Seite, aber ohne Unterlaß arbeitete er an den polnischen Schützenorganisationen. Er half die Volksmiliz schaffen, war Kommandant des Warschauer Bezirks dieser Miliz, und er verrichtete den Dienst bald an der Front, bald in den Kriegsschulen. Sein Vorgesetzter, Oberst Dames, sagte, daß Baginski als Verwalter des Explosionsmaterials in der Warschauer Zitadelle sich eines derartigen Vertrauens erfreute, daß er ruhig die gefährlichen Materialien mit sich herumtragen konnte. Er war ein tüchtiger und intelligenter Arbeiter, der es verstand, sich bei den Soldaten beliebt zu machen. Er ist heute 30 Jahre alt und verheiratet. Das Vertrauen, das er in der Zitadelle genoß, benutzte er dazu, um die Inventuranahme des Explosionsmaterials zu fälschen und die Anzahl der Granaten, die Meterzahl der Munition usw. niedriger anzugeben, als sie in der Tat war, was ihm die Diebstähle ermöglichte. Er soll sogar einmal eine als Modell dienende Stollenmaschine gestohlen und erst nach längerer Zeit eine andere Stollenmaschine an die Stelle der ersten gestellt haben. Er und sein nächster Genosse in dieser Verbrecherlaufbahn, Wiczorski, gaben immer wieder dem Spitzel Czernowski Aufträge, die dahin gingen, bald hier, bald dort eine Bombe zu legen, und dieser stützte dann stets der Polizei Bericht ab. Wiczorski scheint sich dabei wirklich als recht vertrauensselig erwiesen zu haben, wenigstens muß man das nach der Aussage Czernowskis annehmen. Im Dienste war er nachlässig, was wohl mit seiner Hauptbeschäftigung als Verschwörer zusammenhängt; er kam oft zu spät zu seinem Urlaub zurück und fand keine passende Entschuldigung hierfür. Sein Vorgesetzter, Kapitän Staszinski in Krakau, sagte, daß W. eine Stellung als Wirtschaftsbeamter bekleidete, daß er sehr wenig zufriedenstellend arbeitete und daß ihn sein Vorgesetzter gern losgerufen wäre. Er hat sich denn auch sehr bald verdächtig gemacht, und das Verhörsgespräch schiedte schon lange über ihm, als endlich seine Verhaftung in der Nähe von Modom erfolgte.

Eine Menge von Namen tauchen in dem Prozess auf, deren Beteiligung an den Verbrechen noch nicht ganz klar aus den jetzigen Verhandlungen hervorgeht. Einige von ihnen, wie Kottler, Krasinski und Maslinski, die ebenfalls zu der terroristischen Organisation gehörten, werden vor dem Zivilgericht erscheinen.

Der Abbau des Sanitätswesens in Polen.

Der Direktor der Rockefeller'schen Stiftung für Hygiene, Herr Selikar M. Gunn, hat am 29. Oktober an den Leiter des Gesundheitsministeriums, Unterstaatssekretär Dr. Bujalski, ein Schreiben gerichtet, in dem er die Befürchtungen Europas für die Gesundheitsverhältnisse in Polen aus Anlaß der Aufhebung des Gesundheitsministeriums zum Ausdruck bringt. „Der internationale Gesundheitsrat bei der Rockefeller-Stiftung“, so schreibt Direktor Gunn, „ist stark interessiert an den Fortschritten des Gesundheitsdienstes in Ihrem Vaterlande. Unter Interesse ist dreifacher Art: Erstens bezieht es sich auf die Wirkungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes im ganzen Staate, auf die Gesamtheit. Zweitens auf die Zukunft der Hygienischen Schule, die in Warschau mit Hilfe der Stiftungen, die wir der polnischen Regierung zuerkannt, erbaut wurde. Drittens fragen wir: wie werden polnische Ärzte und Ingenieure, denen wir Stipendien erteilen, in geeigneter Weise verwendet werden? Das Gesetz, das das Gesundheitsministerium aufhebt, dezentralisiert die sanitäre Tätigkeit des Staates und unterstellt einen Teil seines Tätigkeitsbereiches dem Innenministerium, einen anderen Teil dem Ministerium für Arbeit und soziale Hilfe. Wie Ihnen bekannt ist, hat es sich in vielen Ländern, nicht ausgeschlossen die Vereinigten Staaten, infolge der Verteilung der einschlägigen Dinge an verschiedene Ministerien, als eine ziemlich schwierige Sache gezeigt, ein einheitliches sanitäres Programm durchzuführen. Im Verlauf des letzten Jahres schien Polen den anderen Ländern einen Fingerzeig zu geben, wie man alle mit der Gesundheit in Beziehung stehenden Fragen in der Tätigkeit eines einzigen Ministeriums vereinigt, und grundsätzlich erscheint es als ein ziemlich unglücklicher Gedanke, daß Polen sich jetzt entschlossen hat, zu der alten Methode zurückzukehren.“

Gegenüber der Begründung, man handle aus Spar-samkeit, erwidert der Amerikaner: „Die für den notwendigen Gesundheitsdienst ausgegebenen Gelder bringen nach Verlauf einer gewissen Zeit bedeutende Einkünfte. Kraft und Gesundheit des Volkes sind vielleicht der stärkste wirtschaftliche Faktor. Ich muß feststellen, daß Polen im gegenwärtigen Moment in der Ausführung seines sanitären Programms einen Schritt zurück tut.“

Aus Anlaß der geplanten Aufhebung des Gesundheitsministeriums erzählt der „Przeglad Poranny“ in seiner Nr. 318 eine kleine Geschichte:

„Ein aus Polen stammender Pole, der ungefähr seit zehn Jahren Beamter in den holländischen Kolonien ist, bekam Urlaub und beschloß, ihn in Europa zu verleben. Er brachte einige Monate in Polen zu, dann beschloß er, nach Frankreich und Italien zu fahren, vermutlich zu dem Zwecke, um der Welt zu zeigen, wie stolz er ist, Mitglied eines Volkes mit eigener Staatlichkeit zu sein. Dieser Stolz wurde an der Schweizer Grenze beleidigt. „Sie sind polnischer Bürger?“ wurde er gefragt. „Dann, bitte, steigen Sie aus und unterziehen Sie sich einer gesundheitlichen Desinfektion.“ Ob er wollte oder nicht, — jener Pole mit dem Doktorhut, der sich in der Kultur und im Anzug nicht von einem Franzosen oder Engländer unterschied, mußte alle demütigenden Stadien einer „Entlausungsanstalt“ durchmachen.“

Wer verschafft Polen den Ruf eines Landes mit asiatischen sanitären Verhältnissen, daß man polnische Bürger im Auslande so behandelt?“ fragt der „Przeglad“. Die Antwort lautet diesmal wider Erwarten nicht: die Deutschen. Auch nicht: die Juden. Auch die Eingaben der Minderheiten an den Völkerbund sind diesmal nicht schuld.

Diesmal sind es die polnischen Rechtspar-teien. Auf Grund des polnischen Gesetzes über die Krankenversicherung vom Jahre 1920 bestehen in West-polen ungefähr 50 Krankenkassen, ferner gibt es solche in Warschau, Lodz, Biachstok, Wilna und im Dom-browaer Kohlenbecken. Die reaktionäre Presse ist nun voll von Angriffen gegen diese Einrichtung, und sogar im Sejm wird von den Abgeordneten der Rechtsparteien gegen sie gesprochen. „Die Fürsorge für die Gesundheit des Ar-beiters ist nach Ansicht der Reaktionen — eine Erfindung der Linken. Es ist nicht zu glauben, daß eine Geist-lichkeit an diesem Kampf teilnimmt, wie das traurige Auf-treten des Abg. Geistlichen Etychinski im Sejm bezeugt.“ Das Echo der beständigen Kämpfe gegen das Kranken-kassengesetz ist nach dem „Przeglad“ ins Ausland gedrungen und hat eine üble Meinung von den polnischen sanitären Verhältnissen erzeugt.

Dazu kommt noch die Aufhebung des Gesun-dheitsministeriums, die im Sejm trotz der ein-leuchtenden Einwände, die der Abgeordnete der „Wyzwo-lenie“ vorbrachte, in dritter Lesung angenom-men wurde. Wie aus dem Brief Direktor Gunns hervor-geht, hat auch die Aufhebung des Gesundheitsministeriums einen schlechten Eindruck in internationalen Kreisen ge-macht. Der Völkerbund, das internationale Rote Kreuz, die Vereinigten Staaten und Großbritannien vor allem haben Millionensummen für das polnische Gesundheits-ministerium und die immer bessere Ausgestaltung des pol-nischen Sanitätswesens gestiftet. Das Ziel, das sie im Auge haben, ist außer der Besserung des Gesundheitszu-

Albert hat noch kein Kabinett gebildet.

Die Bemühungen Dr. Alberts, ein Kabinett zu bilden, sind am Montag noch nicht mit Erfolg gekrönt worden. Man hofft jedoch, daß er am Dienstag zum Ziele kommt. Der Reichs-minister, der Reichsarbeitsminister und der Ernährungsminister wollen ihr Amt weiterführen. Als Kandidaten für das Außenministerium werden der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Amts v. Hinge und der Vot-schaffier in Moskau Graf Brodowski-Rankau genannt. Nach einer Wiener Meldung soll das Außenministerium provisorisch von dem Unterstaatssekretär Baron Malkahn geleitet werden. Nach der „Montagepost“ bemüht sich Herr Albert, den sozial-demokratischen früheren Finanzminister Südekum als Reichs-finanzenminister zu gewinnen. Nach einer Wiener Meldung soll General v. Seck das Reichsministerium übernehmen. Nach der „Welt am Montag“ würde unter einer Regierung Albert der „Welt am Montag“ die wichtigste Rolle spielen, da der Kanzler eine parlamentarische Mehrheit nur von Hall zu Hall gewinnen könnte. Die Pariser Presse bemerkt, daß Ebert anscheinend bemüht sei, ein Kabinett Stresemann ohne Stresemann zu bilden. In an-derem Sinne als die Pariser Blätter kann man dies wohl als richtig bezeichnen, insofern als Ebert nicht zu sehen scheint, daß unter den gegenwärtigen Parteiverhältnissen die Bildung einer

Koalition nicht möglich ist. Allem Anschein nach wird es auch Albert nicht gelingen, eine parlamentarische Mehrheit für ein Kabinett zu gewinnen; und so wird höchstwahrscheinlich die Auf-lösung des Reichstages die Folge sein.

Abgesehen wird allgemein betont, daß der Sturz Stresemanns in erster Linie aus innerpolitischen Gründen erfolgte. Wegen seiner Außenpolitik hat sich ein wesentlicher Wider-spruch überhaupt nicht erhoben.

Dr. Alberts Werdegang.

Der mutmaßliche neue Reichskanzler Dr. Heinrich Albert in am 12. April 1874 geboren. Während des Krieges befand er sich bis 1917 mit wirtschaftlichen Sonderaufgaben (Wohlfahrt- und Nahrungs-mittel-Verschaffung finanzielle Fragen) in den Vereinigten Staaten und wurde dann Treuhänder für das feindliche Vermögen und be-arbeitete zusammen mit dem damals gerade zurückgekehrten Bi-zanzler Geisler die wirtschaftlichen Vorbereitungen für die Friedens-verträge von Brest-Litowsk und Tüfarski. Als Unterstaatssekretär ge-hörte er dem Kabinett Bauer und dem Kabinett Fehrenbach an. Im Kabinett Cuno war Dr. Albert zuerst Reichsschatz, dann Wiederaufbauminister. Zuletzt war er einer der gelehrtesten Berliner Anwälte und Mitglied des Ausschusses der Deutschen Werke.

standes des polnischen Volkes besonders auch der Schutz Europas gegen die Einschleppung von Epidemien aus dem Osten. Bei der starken Auswanderung aus Polen nach Amerika sind auch die Vereinigten Staaten besonders hieran interessiert.

Charakteristisch ist, daß Frankreich keine nennenswerten Summen für den gesundheitlichen Wohlstand Polens opfert. Für die französische Militärdespotie genügt es, wenn Anleihen zu kriegerischen Rüstungen gegeben werden.

Die Meinung, daß die Kreislagenklassen imstande wären, den Ausfall des Gesundheitsministeriums zu ersetzen, ist offenbar ganz irrig. Die Krankenkassen sind in unserem Gebiet, das einst „unter dem preussischen Joch schmachtete“, sehr dicht gesät. Je weiter nach Osten, desto geringer wird ihre Zahl. In den „Kresy“, den äußersten Ostgebieten, die der Seuchengefahr infolge der Einschleppung aus Rußland, der tiefstehenden allgemeinen Kultur und der weit ausgedehnten Sumpflandschaften besonders ausgesetzt sind, fehlen sie ganz. Außerdem hat eine Krankenkasse genug damit zu tun, die gewöhnlichen täglichen Krankheitsfälle zu erledigen. Zur Bekämpfung von Seuchen und außergewöhnlichen Epidemien fehlen ihr sämtliche Vorkehrungen.

So muß trotz aller Einwände festgestellt werden, daß die Aufhebung des Gesundheitsministeriums einen Schritt nach rückwärts für Polen bedeutet. Der von Frankreich geförderte Militarismus vernichtet die sanitäre Kultur Polens.

Finanzberatungen beim Staatspräsidenten.

Der Staatspräsident hat am Sonnabend und am Sonntag den Vizepräsidenten, den Finanzminister Rucharski, den Industrie- und Handelsminister Sadowski, die früheren Finanzminister Grabski, Karbinski und Stecowski sowie andere Persönlichkeiten zu sich, um mit ihnen über Finanzangelegenheiten zu beraten.

Die Vermögenssteuervorschläge der Industrie.

Die Vertreter der Petroleumindustrie beschlossen als Vorschlag für die Vermögenssteuer 5 Millionen Goldfranken an den Staatsschatz abzuführen. Am Donnerstag ist in der polnischen Landesparlamentskammer ungefähr 1 Million Goldfranken von der ober-schlesischen Industrie als Vorschlagszahlung für die Vermögenssteuer eingelaufen. Im Laufe der nächsten zwei Wochen wird der Einlauf weiterer 11 Millionen Franken erwartet.

Verhandlungen über einen Finanzvertrag zwischen Polen und Danzig.

Am Sonnabend begannen Verhandlungen mit Danzig über einen Finanzvertrag. Gegenstand der Beratungen sind die Finanzen des Hafenraums, der Hafenpolizei usw. und eine Reihe von Fragen, die im September dieses Jahres in Genf nicht erledigt wurden. Den Vorsitz der polnischen Delegation führt Vizepräsident Weinhold, Vorsitzender der Danziger Delegation ist der Staatsrat Gwert.

Der polnisch-englische Handelsvertrag.

Am Montag mittag wurde im Außenministerium der polnisch-englische Handelsvertrag unterschrieben. Von polnischer Seite zeichneten Außenminister Dmowski und Handelsminister Sadowski, von englischer Seite Vollmachtsminister May Miller.

Entlassung von Angestellten des Eisenbahnministeriums.

In der Zentrale des Eisenbahnministeriums haben gemäß der Anordnung des außerordentlichen Sparkommissars 42 Personen zum 1. Dezember die Kündigung erhalten. Borek wurden verheiratete weibliche Angestellte und solche entlassen, von denen man sicher wußte, daß sie in guten materiellen Verhältnissen leben. Die Entlassenen erhalten eine dreimonatige Abfindung, wenn sie nicht Emmentalrechte erlangten.

Ein politischer Prozeß in Lemberg.

In Lemberg wurde am Montag das Urteil gegen 11 Ukrainer gefällt, die u. a. des Staatsverrats und der Sabotage angeklagt waren. Auf Grund des Verdachts der Geheimverratung wurden sie von dem Vorwurf des Staatsverrats freigesprochen. Für andere Taten wurde einer der Angeklagten zu 2 Jahren, vier wurden zu 1½ Jahr und einer zu 1 Jahre schweren Gefängnis verurteilt.

Copyright 1923 by Georg Müller Verlag A.-G., München.

Die verhegte Stadt.

Eine heitere Epigubengeschichte von Karl Gillingner.

(4. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Zwölf Jahre hatte Europa nichts mehr von ihm gehört. Da packte er eines Morgens nach Geschäftsschlaf — denn bei ihm schloß das Geschäft immer erst morgens — eine Tausenddollarnote in einen Briefumschlag, holte einen Kasten weißen Papiers unter dem Schranke hervor, spuckte solange in das Tintenfaß, bis sich der darin befindliche schwarze Knollen in Tinte auflöste, und ließ einen Brief los.

Daraus, daß er ihm die tausend Dollars zurückschickte, könne sein Vater sehen, daß er noch reichlichen Vorrat an solchen angenehmen Papierchen haben müsse. Den Glück könne er ihm leider nicht mehr zurückschicken, da er ihn verlegt habe. Aber auch, wenn er ihn zurückschicken könnte, würde er es nicht tun, denn dieser Glück habe ihm Segen gebracht. Und er danke noch nachträglich herzlich dafür. Soweit er sich erinnern könne, seien sie damals nicht in bestem Einvernehmen gewesen, einer von ihnen beiden müsse Schulden gehabt haben oder so etwas Ähnliches. Aber da er der Jüngere und daher der Gescheiterte sei, schlage er vor, Steppengras über die Geschichte wachsen zu lassen und sich wieder auszuöhnen. Verheiratet sei er nicht und gedenke auch nicht, solche Dummheiten zu machen. Und die Schuldbüße gehöre jetzt, da er die tausend Dollars zurückschickte, natürlich wieder ihm. Er habe manchmal ekelhafte Sehnsucht nach dem alten Herrn, und ob die Bredendorfer noch solche Gewächse seien wie früher.

Sieben Wochen später gab es in Eduard Bohnkraut's Kneipe für die Stammschmied Freischnaps, und der Kneipenwarter zog alle paar Minuten einen Brief aus der Hosentasche, um ihn zu lesen, worauf er dann jedesmal gottlässlich grob wurde, um seine Nahrung zu verbergen. Seitdem schwenkten in regelmäßigen Zwischenräumen Briefe von Philadelphia nach Bredendorf und von Bredendorf nach Philadelphia. Wer Freischnaps gab es keinen mehr.

Zum Präsidenten der polnisch-österreichischen Bank wählte Blättermeldungen zufolge der Aufsichtsrat der Bank den früheren Minister Julian Twardowski.

Der Hauptvorstand der vereinigten Volksparteien.

In Ausführung der Beschlüsse der Sonntagsagung der Wyzwoleniegruppe und der Volkseinheitspartei haben die Hauptvorstände beider Klubs in gemeinsamer Sitzung folgende Abgeordnete und Senatoren zu den Vorständen berufen: In den Hauptvorstand der vereinigten Volksparteien wurde als Vorsitzender der Abgeordnete Jan Dabiski gewählt als stellvertretende Vorsitzende die Abgeordnete Malinowski, Baginski, Chominski und Stolarski, als Schriftführer Ponkiewicz und Kaliszewicz, in den Vorstand des Sejmklubs als Vorsitzenden der Abgeordnete Thugut, als stellvertretende Vorsitzende die Abgeordnete Dabiski, Putel und Rudzinski, als Schriftführer Wojewodski und Gajkowski, in den Vorstand des Senatsklubs als Vorsitzender der Senator Boznicki, als stellvertretender Vorsitzender der Senator Dobrucki, als Schriftführer Senator Dabiski.

Deutschland soll die Kosten der Ruhrbesetzung tragen.

Am Quai d'Orsay wird erklärt, Frankreich vertritt die Ansicht, daß aus dem Ertrag der Bodensteuer und anderer Abgaben eine „Pfändersasse“ zu bilden ist, aus der die Kosten der Ruhrbesetzung und der Eisenbahnregie bestritten werden sollen. Frankreich wird diesen Vorschlag der Reparationskommission unterbreiten. Ebenso die Frage, auf welches Konto der Wert der Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet geschrieben werden soll.

Ebert auf der Kanzlersuche.

Nach Stresemanns Sturz versuchte Reichspräsident Ebert es noch einmal mit der Gründung einer Koalitionsregierung. Als ob nicht die parlamentarische Geschichte des Kabinetts Stresemann zur Genüge bewiesen hätte, daß dieser Weg jetzt nicht mehr mit Erfolg beschritten werden kann. Auf das Zentrum wurde ein starker Druck ausgeübt, den Reichskanzler zu stellen, doch lehnte die Partei dies rundweg ab. Auch wollte das Zentrum sich nicht an einem Bürgerblock mit Einschluß der Deutschnationalen beteiligen. Die Gedanken der Wirthschen Koalition (Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie) wie der großen Koalition (die gesamten drei Parteien mit der Deutschen Volkspartei) wurden vom Reichspräsidenten mit dem Reichstagspräsidenten und den Parteiführern durchgesprochen.

Schließlich wurde Herr v. Kardorff zu Ebert gerufen, mit dem sich die Deutsche Volkspartei und das Zentrum einverstanden erklärten, während die Demokraten noch eine abwartende Haltung einnahmen.

Herr v. Kardorff scheiterte an der Ablehnung der Deutschnationalen, deren Führer Hergt sich von Anfang an unzugänglich zeigte, selbst für den Fall, daß deutschnationale Minister im Kabinett aufgenommen werden sollten.

Kardorff hatte von mehreren bisherigen Ministern Zusagen erhalten, unter anderen von dem Ernährungsminister Grafen Kanitz. Infolge der völlig abweisenden Haltung der Deutschnationalen zog sich jedoch auch Kardorffs eigene Partei von ihm zurück, so daß ihm der Boden unter den Füßen geschwunden war und er auf seine Mission verzichten mußte. Gleichzeitig zog Stresemann seine Einwilligung, das Außenministerium zu übernehmen, zurück.

Darauf machte Ebert weiter Versuche, eine parlamentarische Regierung zu bilden. Er sprach mit den Ministern Dr. Jarres, Braun und Gehler. Diese lehnten jedoch sämtlich die Übernahme der Kabinettsbildung ab, weil die Demokraten und das Zentrum mit den Deutschnationalen nicht zusammenarbeiten wollten. Ebenso wenig aber wollten diese Parteien wieder wie unter Wirth mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten, da sich die Stimmung im deutschen Volke seitdem sehr ungünstig dieser Partei geändert hat.

Die Sozialdemokraten waren geneigt, ein Experiment zu machen, und die Pläne der Deutschnationalen auf Bildung eines Reichskabinetts zu unterstützen. Sie rechneten damit, daß ein solches Kabinett bald abgewirksam hätte und dann die Stimmung im Volke für eine neue Koalition mit den Sozialdemokraten günstiger sein würde.

Reichspräsident Ebert war jedoch mit einem solchen Experiment nicht einverstanden und ging zu dem Gedanken über, ein überparteiliches Beamtenskabine zu bilden. Er bat Dr. Albert, einen solchen Auftrag zu übernehmen, wogegen dieser auch bereit war.

Wenn nun auch das Kabinett Albert keine Mehrheit im Reichstag findet, so ist Ebert entschlossen, den Reichstag aufzulösen und

Polen und Rußland.

Ergebnislose Verhandlungen.

In der vergangenen Woche fand die 15. Sitzung der Revisionskommission statt. Es wurde die Rückgabe lebenden Inzentars durch Rußland auf Grund des Rigaer Vertrages erörtert. Die Auseinandersetzungen zwischen der russisch-ukrainischen und der polnischen Seite führten zu keinem Ergebnis.

Polenfeindliche Kundgebungen in Moskau.

In Moskau hat die Veröffentlichung des offiziellen Kommuniqués der Sowjetregierung über das Scheitern der russisch-polnischen Verhandlungen große antipolnische Demonstrationen hervorgerufen. In sämtlichen polnisch-russischen Kommissionen ist die Arbeit unterbrochen worden. Wie gemeldet wird, sind eine ganze Reihe polnischer Bürger und Opuszenten verhaftet worden. Der Außenkommissar soll sich an den polnischen Vertreter in Moskau mit dem Verlangen gewandt haben, das Auspangschild der polnischen Rückwanderungskommission so ort entfernen zu lassen.

Neuwahlen anzusetzen. Diese würden ohne Zweifel für die Sozialdemokratie große Verluste und für die Rechte eine bedeutende Stärkung mit sich bringen.

System, nicht Personenwechsel!

Der deutschnationale „Tag“ wendet sich unter dieser Überschrift gegen die weiteren parlamentarischen Experimente zum Zweck einer Regierungsbildung.

„Wozu, so fragt sich nämlich der „beschränkte“ Staatsbürger, ward denn eigentlich diese Geschichte angesetzt, gelodet und aufgegeben, wenn man jetzt in den Topf doch nur eine ebenso ungehaltene, ebenso dünne, ebenso fettarme Suppe hineintun will, die sich wirklich von jener anderen kaum unterscheidet? Daß man nur ein bißchen „Verwechsel“, verwechselt das Baumelstein!“ spielt, ein paar neue Personen auf dem Kaiserle-Theater spielen läßt. Dann hätte das „Maul des Volkes“ doch recht, wenn es — laut genug — von einer „Schiebung“ redet. Dabei denken jene Mandarinen des Parlamentes nicht daran, daß es doch jetzt in Deutschland einige Probleme zu lösen gibt, daß man Unzufriedenheiten zufriedenzustellen soll, was man mit der neuen alten Suppe nicht fertig bekommen wird. So Bayern, so die Wirtschaft, die jetzt eben mit Frankreich die Verhandlungen abschloß; so die Rentenmark und die Landwirtschaft, also die Ernährungsseite, so die nationalen Verbände, also das härteste nationale Vollen. Das sind Kräfte, nicht das, was brauend und lodend am Reichstags-Suppentopf sitzt, und jene Kräfte werden die Suppe bestimmt nicht schlucken, werden dem neuen Kaiserle-Spiel den Rücken kehren. Bitte, einen System, nicht einen Personenwechsel! Wir Deutsche können das Experiment, den Reichstag ausgeschaltet zu lassen, können eine über- oder außerparteiliche Regierung mit diktatorischer Gewalt ohne jedes Herzklappen ertragen.“

Vervierfachung der deutschen Postgebühren

Vom 26. November ab kostet ein einfacher Fernbrief in Deutschland 80 Milliarden, eine Postkarte 40 Milliarden, eine Drucksache bis 25 Gramm 16 Milliarden, die Einschreibgebühr beträgt 80 Milliarden. Das Reichspostministerium hat die Postautarkien angewiesen vorläufig bis Ende des Monats die Freimarke zum vierfachen Nennwert zu verlaufen.

Abbruch der Verhandlungen über d. e. Goldlöse.

Die Verhandlungen im Berliner Reichsfinanzministerium mit den Epigub-Organisationen der Staatsarbeiter über die Einführung von Goldlöhnen sind am Freitag abgebrochen worden. Die Regierung glaubte über ihr letztes Angebot, das Stundenlohn in der Höhe von 20 bis 25 Pfennigen vorzulegen, mit Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage nicht hinausgehen zu können. Mit Rücksicht auf die Haltung der freien Gewerkschaften, die eine Forderung, die über das Angebot der Regierung hinausging, in einer drohenden und ultimativen Form vorbrachte, sieht sich die Regierung außerstande, die Verhandlungen fortzusetzen. Sie erklärte, daß das Reichskabinett eine Entscheidung über die Lohnregelung treffen werde. Infolgedessen konnten auch die Verhandlungen mit den Epigub-Organisationen der Beamten, in denen ebenfalls die Frage der Goldlöhne besprochen und außerdem die Gehaltsregelung für das erste Novemberdrittel getroffen werden sollte, nicht stattfinden.

Diesen Brief hatte der Rechtsanwalt in einer Sprache abgefaßt, die er für Englisch hielt. Edwards erster Gedanke war, seine alkoholische Goldgrube zu verkaufen und in die Heimat überzusiedeln. Einen Käufer zu finden, hätte nicht schwer gehalten. Aber bald verwarf er den Plan wieder. Nicht sein Vaterland, wohl aber sein Bankkonto mußte noch größer sein. Wenn er nach Bredendorf zurückkehrte, so mußte er in Verhältnissen leben, daß ihm die ganze Einwohnerschaft samt Kurgassen und hohe Beförden den Boden herunterstießen konnte.

Und so antwortete er, nachdem er sich viele Wochen Zeit zur Überlegung gelassen hatte, Herrn Meier III, es hab ihn außerordentlich gefreut, seine schriftliche Bekanntschaft gemacht zu haben, und die Gesellschaft träte er an. Aber ob der Herr Rechtsanwalt vielleicht das Gegenteil geglaubt habe? Das Bargeld und die Effekten möchten auf der Bank liegen bleiben, die Hypothekenzinsen seien jeweils davon abzuhaben, dem Hausmeister Friedrich Quackborn werde er persönlich schreiben, und der Hund des Nachbarn sei mit einem biden Holzprügel totzuschlagen. Für die Kosten käme er auf. Im übrigen sei er ein geborener Deutscher und beanspruche daher, daß Meier III künftig Briefe an ihn in deutscher Sprache abfasse, welche Mühe er sich aber auch sparen könne, da er persönlich in absehbarer Zeit nach Bredendorf hinüberzuziehen werde, um nach dem Rechten zu sehen. Und er verbleibe mit herzlichem Profil der ergebene Bohnkraut, Besitzer eines Salons in Philadelphia.

In alle diese wechselreichen Begebenheiten dachte Eduard, während ihn der altersschwache Droschkengau durch seine Vaterstadt zog. Die Gedanken hinderten ihn jedoch nicht, während der Fahrt aufmerksam das Straßenbild zu prüfen. Gar wenige Häuser kannte er noch. Erst als sie sich der Höherstraße näherten, fielen ihm einige alte feinerne Bekanntschaften auf. Dort das weiße Gebäude — hatte da nicht ehemals die alte närrische Oberleutnantswitwe gehaust, deren niedliches Zimmermädchen über so kirschrote fastige Lippen verfügte, daß ein gewisser siebzehnjähriger Eduard Bohnkraut — Schwamm drüber!

(Fortsetzung folgt.)

Am 26. d. Mts. entschlief sanft nach kurzem Leiden unser lieber Sohn und Bruder, der
Dekorateur Gustav Schmidt
im Alter von 33 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an die traurigen Eltern
Adolf Schmidt nebst Frau.
Die Beerdigung findet am 29. d. Mts. um 3 Uhr nachm. vom Schillingkirchhof in Posen aus statt.

Dankjagung.

Allen unseren Freunden und Bekannten, die unsrer lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen haben, sowie für die reichen Kranzspenden sagen wir auf diesem Wege unseren innigsten Dank.

Emil Brachmann und Kinder.

Bekanntmachung.

Die Aktionäre der Suggenbräuer Aktien-Gesellschaft in Posen werden zu einer am **15. Dezember d. Js., vormittags 9 Uhr** in den Geschäftsräumen der Gesellschaft in Posen, Galsdorffstraße 26, stattfindenden

ordentlichen

Generalversammlung

hierdurch ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlegung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung für das mit dem 30. September 1923 abgelaufene Geschäftsjahr und Berichterstattung des Vorstandes und des Aufsichtsrats über die Bilanz und den Geschäftsbetrieb.
 2. Beschlussfassung über die Bilanz, Verteilung des Reingewinnes und Erteilung der Entlastung.
 3. Erhöhung des Grundkapitals um M. 118500 000.— durch Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Aktien mit Gewinnberechtigung vom 1. Oktober 1923 ab sowie Schaffung von Vorzugsaktien, Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre, Festlegung der Einzelheiten der Aktienausgabe.
Es wird beabsichtigt, die Aktien durch eine Posener Bank zeichnen zu lassen, welche die Verpflichtung übernimmt, einen Teil der Aktien den bisherigen Aktionären anzubieten. Die Einzelheiten sollen von der Generalversammlung beschlossen werden.
 4. Änderung des bestehenden Statuts der Gesellschaft in folgenden Punkten:
§ 2. Erhöhung des Grundkapitals.
§ 13. Änderung der Vertretungsbefugnis des Vorstandes.
§ 14 und 15. Erhöhung der Zahl der Mitglieder des Aufsichtsrates.
§ 18. Änderung der Befugnis des Aufsichtsrates.
20. Änderung der Vergütung für den Aufsichtsrat.
26. (Stimmrecht).
Evtl. Annahme eines neuen Statutes.
 5. Aufsichtsratswahlen.
 6. Ermächtigung der Verwaltung zur Durchführung der gefassten Beschlüsse.
- Diejenigen Aktionäre, welche in der Generalversammlung ihr Stimmrecht ausüben wollen, haben ihre Aktien nebst einem doppelten Verzeichnis spätestens bis zum Ablauf des 6. Tages vor dem Versammlungstage bei dem Büro der Gesellschaft zu hinterlegen, oder bis zu dem genannten Zeitpunkt die Hinterlegung bei einem Notar, bei der Bank für Handel u. Gewerbe, T. A. in Posen, bei der Bank Przemyslowców, T. A. in Posen, oder deren Filiale in Berlin, oder bei dem Bankhaus Smoljewski u. Selsner, Kommanditgesellschaft, Berlin, Lauenburgerstr. 14, unter genauer Angabe der Aktien nach Nummer und Gattung nachzuweisen. Jede Aktie gewährt eine Stimme.
- Aktionäre, die an der Generalversammlung nicht persönlich teilnehmen, können sich nur durch schriftlicher Vollmacht berechnete Bevollmächtigte vertreten lassen.

Posen, den 16. November 1923.

N. Hamburger, Kommerzienrat.

Korbmöbel i. faub. Ausführg.
fertigt an u. nimmt Bestellg. entgegen
K. Kosechitzki, Strzyzewo
bei Bgajm. [4177]

Ausschneiden!

Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Dezember 1923

Name
Wohnort
Postamt
Straße

Kaufe jeden Posten Hasen

Fasanen, Rebhühner, Kaninchen und wilde Enten zu höchsten Tagespreisen

Wielkopolski Dom Eksportowy

Telephon 57.

Leszno Wilk.

Telephon 57.

An unsere werten Inserenten!

Der größte Reklamerfolg wurde bisher von den Inserenten auf die am Sonnabend nachmittags erscheinende Sonntagsausgabe der Zeitung gelegt. Wir machen hierdurch nachdrücklichst darauf aufmerksam, daß die Postbestellung der Zeitungen resp. Ausgabe derselben in der Stadt und auf dem Lande am Sonntag völlig unterbleibt. Infolgedessen erhalten die auswärtigen Leser resp. Postabonnenten die Sonntagszeitung erst am Montag durch die Briefträger zugestellt. Die gesamte Geschäftswelt neigte bisher zu der Annahme, daß alle Leser bereits Sonntags in den Besitz der Zeitung kommen. Das ist leider nicht mehr zutreffend, und somit wird der Zweck eines größeren Erfolges der Anzeigen in der Sonntagsnummer nicht voll erreicht.

Um daher der Geschäftswelt besser zu dienen, werden wir künftig die am Freitag abend erscheinende

Sonnabend-Nummer zur Hauptanzeigen-Nummer im Interesse der Inserenten gestalten.

Wir bitten daher, uns die bisher für die Sonntagsnummer zugekauften Inserate schon am Freitag vormittags bis 11 Uhr in unserer Geschäftsstelle aufzugeben. Die Sonntagsnummer liegt dann am Sonntag für alle Leser, besonders für die auf dem Lande, zur Lesztüre offen. Wir hoffen, daß alle Geschäftsinhaber den Vorteil, den sie durch Anzeigen in der Sonntagsnummer haben, einsehen werden. Die wöchentliche Hauptinfernationsnummer wird daher künftig die Sonntagsnummer sein. Wir bitten, dies allgemein zu beachten, da es in Ihrem eigenen Interesse liegt.

„Posener Tageblatt“.

W. STĘPKA, Dentist

Wielkie Garbary (fr. Gr.Gerberstr.) 18
Sprechstunden 9¹/₂—12¹/₂ und 3—5¹/₂ Uhr.

„Ruberoid“

die zeitgemäße Dacheindeckung!
Offerten und Muster auf Anforderung!
Lieferung sofort ab Lager Posen.

Oskar Becker, Poznań, Sw. Marcin 59.

Jüngerer Hofbeamter

von sofort gesucht. Meldungen mit
Gehaltsansprüchen, Zeugnisabschr. an

Dominium Skalmirowice,
poczta Wierchosławice, pow. Inowrocław.

Suche zum 1. 1. 1924
eine evgl. Hauslehrerin (Enkelb.) für 2
Mädchen (10 u. 8 Jahre, evgl. Off.)
m. Geh. Frau Gutsbes. Schendel, Adam bei Polajemo
angabe. pow. Oborniki

Gutssekretärin,

die der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig ist
vom 1. Januar 1924 g e s u c h t. Desgl. z. Antritt d. 1. April

1 Wirtschaftsassistent.

Angebote mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften erbeten an
Herrschaft Śródka, pow. Międzybóże

Suche zum 1. Januar oder sofortigem Antritt

perf. Säuglingspflegerin

Bewerberinnen nur mit besten Zeugnissen und
Empfehlungen sowie Gehaltsansprüchen an

Frau v. Becker, Kuczkow,
powiat Pleszew. [4171]

Gauschneiderin in lang-
jähr. Praxis u. best. Empfeh-
lung fertigt elegante Nachmittags-
u. Abendkleider, Kostüme u.
Mäntel an, sucht Beschäfti-
gung, gibt auch auf's Land.
Gef. Off. u. 3357 a. d. Ge-
schäftsst. d. Bl. erbeten.

Pianola- Notenrollen

(65 er) hat abzugeben.
R. Wojtkiewicz, Poznań,
ulica Kochanowskiego 4 II.

Kaufe
Landwirtschaft od. Haus
in Wozna. Schriftliche Off.
u. A. 4182 a. d. Geschäfts-
stelle d. Bl. erbeten.

Wir offerieren, antiquar.
Richard Wagner,
Barfisch
Vollständ. Klavierauszug
von **Karl Albrecht.**
Posener Buchdruckerei
und Verlagsanstalt T. A.
Abt.: Verlagsbuchhandlg.
Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

Zu verkaufen: 1 Konzert- Zither,

vorzüglich erhalten. Off. u.
B. 4189 a. d. Geschäftsstelle
d. Bl. erbeten.

Wir bieten antiquarisch, gut
erhalten zum Kauf an:
**Kähler, Das Buch der
Mütter,** geb.
**Blz. Hausbuch der
Bildung u. d. Wissens,**
3 Bde. Großquartformat,
gebunden.
**Meyer's Konver-
sations-Lexikon,** 18 Bde.,
gebunden.
Angeboten sehen entgegen
**Posener Buchdruckerei
und Verlagsanstalt T. A.**
Abt.: Verlagsbuchhandlg.,
Poznań,
Zwierzyniecka 6.

Sommerproffen,
Sonnenbrand, gelbe
Flecke, beseitigt unter
Garantie
Axela-Crème
dazu
Axela-Seife
3. Gadebusch,
Poznań, Nowa 7.

Sofort lieferbar:
Der Maurerpolier. Ein
Hand- und Nachschlagewerk
aus der Praxis für die
Praxis im Bereich der
Maurer- und Steinmetz-
Arbeiten gebunden.
Angeboten sehen entgegen
**Posener Buchdruckerei u.
Verlagsanstalt T. A.**
Abt.: Verlagsbuchhandlg.
Poznań,
Zwierzyniecka 6.

Futter- kartoffeln,

ca. 20 Ztr. sofort zu ver-
kaufen. Zu erfragen in der
**Posener Buchdruckerei u.
Verlagsanstalt T. A.**
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Wir offerieren zum Kauf,
gut erhalten:
Pressuhr, Pompei. Die
neuesten Ausgrabungen
von 1874—1881 mit 80
Tafeln in Chromolitho-
graphie, nach Aquatellen
gebunden.
Temps, Welt u. Wissen,
allgem. verst. belehrt. u.
unterh. Darstellg. aus
allen Wissensgebieten, m.
zahlreichen Abbildungen,
2 Bde., geb.
**Moderne Kunst in Mei-
ster-Holzchnitten,** 6. Bd.,
eleg. gebunden.
**Meisterwerke der Holz-
schneidekunst,** Architektur,
Skulptur u. Malerei,
13. Bd., eleg. gebunden.
Deutsche Illust. Zeitung
3. u. 4. Bd., 5. u. 6. Bd.,
gebunden.

Angeboten sehen entgegen
**Posener Buchdruckerei u.
Verlagsanstalt T. A.,**
Abt.: Verlagsbuchhandlg.
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

Spielplan des Großen Theaters.

Dienstag, den 27. 11., um 7¹/₂ Uhr: **Zweiter „Ballett-
Abend“.**
Mittwoch, den 28. 11., um 7¹/₂ Uhr: **„Die toten
Augen“**, Oper in 2 Akten von Eugen
d'Albert.
Donnerstag, den 29. 11., um 7¹/₂ Uhr: **„Fra Diavolo“**,
komische Oper in 3 Akten von Auber.
Freitag, den 30. 11., um 7¹/₂ Uhr: **„Die Gloden
von Corneville“**, komische Oper von
Blancquette.
Sonnabend, den 1. 12., um 7¹/₂ Uhr: **„Aida“**, Oper
von G. Verdi.
Sonntag, den 2. 12., nachm.: **„Die Fledermaus“**,
komische Oper von Strauß.
Sonntag, den 2. 12., um 7¹/₂ Uhr: **„Dritter Ballett-
Abend“.**



Deutscher Theaterverein

Posen.
Eröffnung der Winterpielzeit 1923/24.
Freitag, den 30. November 1923
abends 8 Uhr.

i. groß. Saal des Zoologischen Gartens:

Die Heimat.

Schauspiel in 4 Akten
v. Herm. Sudermann.
Karten zu M. 200 000.
150 000, 100 000 u. 70 000 sowie Programme zu M. 10 000
sind bei der Fa. Gummlor, Sw. Marcin, Gde. ul. Gwarna
zu haben. Der Saal ist gut geheizt!

Beginn
um
4, 6 u. 8 Uhr

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib

Welt und Weib